

16.46

Abgeordneter Peter Schmiedlechner (FPÖ): Herr Präsident! Frau Minister! Sehr geehrte Zuseher! Herr Strasser, die FPÖ-Linie in puncto Glyphosat war immer klar und immer eindeutig. Aber natürlich: Zum Schutz der Bauern können Sie ja gerne meinem Antrag zustimmen, damit wir die heimischen Bauern vor dem ausländischen Wettbewerb schützen.

Nun zum Bundesgesetz, mit dem das Umweltförderungsgesetz geändert wird: Es handelt sich um ein Gesetz, mit dem die Zielvorgaben der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie erreicht werden sollen. Wasser ist unser wichtigstes Gut. Jede Maßnahme, die die Gewässerökologie verbessert, ist zu begrüßen und zu unterstützen. Es ist aber auch verständlich, dass ohne Förderung – und das hat die Erfahrung gezeigt – nur selten Projekte umgesetzt werden.

Unser Wasser gilt es zu schützen, nicht nur als Verbrauchsgut, sondern auch als Lebensraum. Wir haben eine schöne Landschaft, und dazu gehören die Gewässer, die Flüsse, Bäche, Seen und natürlich auch die Ufer und ihr guter Zustand. Es liegt in unserer Verantwortung, diese zu schützen und für die nächsten Generationen eine intakte Natur zu erhalten. Deswegen unterstützen wir diesen Gesetzentwurf.

Trotzdem muss eine Nutzung von Gewässern für die Fischereiwirtschaft und natürlich auch für die Wasserkraftnutzung ermöglicht werden. Die wirtschaftlichen Interessen und die Naturschutzinteressen widersprechen einander nicht. Für ein Gleichgewicht ist Handeln mit Hausverstand gefragt.

Es ist durchaus positiv – Herr Strasser, Sie haben es erwähnt –, wenn in Fischaufstiegshilfen investiert wird; jedoch, wenn diese nur dazu dienen, das Nahrungsangebot für Fischotter, Fischreiher und andere Räuber zu konzentrieren, dann muss man ernsthaft über die Sinnhaftigkeit dieser Maßnahmen nachdenken.

Frau Minister, vielleicht sollten wir einmal wirklich ehrlich über den dauerhaften Schutz von Fischreihern, Fischottern, Gänseägern oder Kormoranen nachdenken. Auch Fische und Amphibien gehören zur Gewässerökologie. Wir sollen immer ausgleichend wirken und die Zukunft im Auge behalten.

In diesem Sinne: Es braucht gemeinsame Maßnahmen und Ziele, um größtmöglichen Schutz für die Umwelt sowie die wirtschaftlichen Interessen und die Freizeitnutzung unter einen Hut zu bringen. – Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

16.49

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Rössler. –
Bitte.